

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
(1/4 Sgr. für die fünfgepal-
tene Zeile oder deren Raum:
Kleinanzeigen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 28. Febr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Ober-Hofbaurath Schadow zu Berlin den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Kaiserlich östreichischen Hof-Sekretär Dr. Schilling zu Wien den Rothen Adler-Orden dritter Klasse und dem Landgräflich hessischen Medizinalrath, Brunnen- und Badearzt Dr. Friedlieb zu Bad Homburg den Königlich Kronen-Orden vierter Klasse zu verleihen; ferner dem ordentlichen Professor an der Universität zu Berlin, Dr. Rank, die Erlaubnis zur Anlegung des von des Königs von Griechenland Majestät ihm verliehenen Kommandeur-Kreuzes des Gelber-Ordens zu ertheilen.

Der ordentliche Lehrer Dr. Otto am Gymnasium zu Paderborn ist zum Oberlehrer befördert und der Hilfslehrer Hövelmann an derselben Anstalt als ordentlicher Lehrer angestellt worden.

Se. Königliche Hoheit der Prinz Albrecht von Preußen ist gestern von Dresden hier angekommen.

Angelommen: Se. Excellenz der General-Lieutenant und Kommandeur der 5. Division, Vogel von Falckenstein, von Frankfurt a. D.

Nr. 50 des St. Anz. enthält Seitens des R. Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten das Betriebs-Reglement für die preussischen Staats-, und unter Staats-Verwaltung stehenden Eisenbahnen, vom 17. Februar 1862; ferner Seitens des k. Ministeriums für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten einen Bescheid vom 12. Febr. 1862, betr. die Kompetenz der Auseinanderlegungs-Behörden zur Regulirung des Wasserstandes von Stauwerken zc. in Verbindung mit Gemeinheitsbeitrungen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Donnerstag 27. Febr. Bei der gestern stattgehabten Festvorstellung im Theater wurde der Kaiser enthusiastisch begrüßt.

Triest, Donnerstag 27. Febr., Abends. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Athen vom 22. d. ist der König Otto dahin zurückgekehrt. Nauplia ist zu Wasser und zu Lande abgeschnitten. 60 Mann der dortigen Truppen sind zu den Königl. übergegangen. Auch in Tripolizza hat eine revolutionäre Manifestation stattgefunden. Die Regierung will in den bedrohten Provinzen ein allgemeines Aufgebot erlassen. In Athen herrscht Ruhe, doch sind die Kafeehäuser geschlossen und die Straßen militärisch besetzt.

Hermannstadt, Donnerstag 27. Februar. Gestern hat der stellvertretende Präsident der sächsischen Nation ein Festdiner gegeben. Am Abend hatten sich 300 Bewohner Hermannstadts, darunter viele Bürger freiwillig zu einem Mahle in einem Gasthause versammelt, bei welcher Gelegenheit Toaste auf den Kaiser, auf die Reichsverfassung, auf den Eintritt Siebenbürgens in den Reichsrath, auf den Minister Schmerling und auf die Armee ausgebracht worden sind.

Dresden, Donnerstag 27. Febr., Nachmittags. Eine anscheinend offiziöse Wiener Korrespondenz des heutigen „Dresdner Journals“ versichert, daß Oestreich und Preußen über einen gemeinsamen Antrag zur Erledigung der kurhessischen Verfassungssache sich geeinigt hätten. Durch vertrauliche Verhandlungen sei demselben auch bereits die Zustimmung der übrigen Bundesregierungen gesichert.

Paris, Donnerstag 27. Febr., Abends. Die „Opinion nationale“ hat wegen eines den Senat beleidigenden und beschimpfenden Artikels die erste Verwarnung erhalten. (Eingeg. 28. Februar 9 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. (Berlin, 27. Febr. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Der König arbeitete heute Vormittag von 10 Uhr ab mit dem Kriegs- und Marineminister v. Moos und dem Generaladjutanten v. Alvensleben, empfing alsdann den Ober-Perimonienmeister Grafen Stillfried und den Oberstkammerherrn Grafen Redern und nahm darauf militärische Meldungen entgegen. Mittags erschien der Prinz Albrecht zum Besuche im Palais. Nachmittags konferirte der König mit dem Handelsminister v. d. Heydt und machte alsdann mit seiner Gemahlin bei dem herrlichen Wetter eine weitere Ausfahrt. — Der Kronprinz besichtigte heute in Potsdam die Unteroffizierschule, hielt alsdann im Wildpark eine Jagd ab und kehrte Abends von dort hierher zurück. — Der Prinz Friedrich Karl hat zu seinem heutigen Ballfeste auch viele Offiziere vom 3. Armeekorps eingeladen. — Der Prinz Albrecht giebt morgen ein großes Diner und hat zu demselben außer den hohen Herrschaften auch die Minister, die Generalität, die obersten Hofchargen und mehrere Landtagsmitglieder geladen. — Der Minister Graf Bernstorff konferirte heute Abend lange mit dem französischen Bevollmächtigten de Clercq und hatte vorher Besprechungen mit den Sardinischen und Spanischen. Der spanische Gesandte, Marquis de la Ribera, verläßt in Kurzem Berlin und macht bereits seine Abschiedsvisiten. — Bei dem Minister Grafen Schwerin war gestern Abend Begegnung. Die Gäste gehörten meist dem höheren Beamtenstande an.

Die Regimenter unserer Garnison machen jetzt fast täglich weite Uebungsmärsche. — Die russische Regierung hatte bekanntlich für die Eisenbahnen Petersburg-Warchau und Cydkubnen-Königsberg 500 Personenwagen in einer Brüsseler Fabrik bestellt. Die Fabrik hat vor einigen Tagen den letzten Wagentransport an seinen Bestimmungsort abgeben lassen. Die Arbeiter, welche den Zug begleiteten, ebenso die Achsen, mittelst deren der Transport bewirkt

wurde, da die Personenwagen auf unseren Bahnen nicht laufen können, befinden sich bereits auf der Rückkehr nach Brüssel. Die Güterwagen für die genannten russischen Bahnen sind theils in Hamburg, theils in der hiesigen Fabrik für Eisenbahnbedarf zc. gebaut und schon zum großen Theil abgeliefert. — Heute wurde ein f. Salonwagen, zu dessen Heizung ein neu konstruirter Ofen aufgestellt war, Probe gefahren. Da sich während der Fahrt Mängel an dem Ofen herausstellten, so ging er wieder in die Fabrik zurück. Der Ofen ist mit einem Mantel von Kacheln versehen und wird mit Koaks geheizt. — Im katholischen Unionshause wird heute Abend von Mitgliedern des kath. Gesangsvereins eine Operette: „Die Gerichtsscene“ aufgeführt. Die Darsteller sind die Söhne und Töchter hochgestellter Familien. — Eine bei uns und auch in der Provinz Posen bekannte Persönlichkeit, der Major a. D. v. Merweiler, ist am Dienstag hier gestorben und wird morgen Vormittags auf dem Offizierkirchhofe in der Hasenhaide begrabt. Der Verstorbene stand bis zu seiner Pensionirung unausgesetzt als Offizier im Garde-Schützenbataillon und war allgemein beliebt.

2 Berlin, 27. Februar. [Stand der Militärfrage; neue Broschüre; die Befestigung Stettins; Militär-Konventionen.] Der gegenwärtige Stand der Militärfrage darf nach Allem, was darüber aus unverdächtigen Quellen verlautet, als ein für die Regierung überraschend günstiger bezeichnet werden. Die Stellung der Fraktion Grabow zu dieser Frage konnte schon seit lange unmöglich mehr mißdeutet werden, und auch die mehr liberalen Färbungen der konstitutionellen Partei hatten dessen kein Hehl, daß ihre Absicht keineswegs gegen die Militär-Vorlage selbst gerichtet ist, welche nach ihnen vielmehr als einmal vollendete Thatsache schlechtweg anerkannt werden soll, sondern daß es ihnen in der Hauptsache nur darauf ankommt, den Militäretat auf die möglichst engsten Schranken zurückzuführen, resp. auch diesmal wieder von demselben eine oder einige Millionen abzusetzen. Zu alledem sind aber jetzt auch, wie man hört, die Hauptstücken der Opposition gegen den betreffenden Regierungsentwurf wankend geworden, und wird namentlich von dem Abgeordneten Stavenhagen erzählt, daß derselbe in allen bisherigen Kommissionsitzungen der Novelle zu dem Gesetze vom 3. September 1814 ebenso eifrig das Wort geredet hat, als früher die Regierungsaussagen in allen Militärangelegenheiten von ihm angegriffen worden sind. Daß die erwähnte Novelle, höchstens mit geringen Modifikationen, schließlich auch im Abgeordnetenhaus durchgehen wird, darf sicher für mehr als eine vage Hoffnung erachtet werden; aus einige mehr oder minder unwesentliche Absetzungen in dem Militärbudget bleibt dagegen wohl zu rechnen, und müßten dieselben gegen jene Hauptbewilligung als entsprechendes Gegengewicht dienen. — Remerding ist übrigens hier in der Haude- und Spenerischen Buchhandlung unter dem Titel: „Die Militärorganisation, sozial und deutsch beleuchtet“, eine Broschüre über die in Rede stehende Frage erschienen, welche wegen der ganz neuen Seiten, die sie derselben abgewonnen hat, großes Aufsehen erregt, und die in ihren Auffassungen und Berechnungen, Angaben und Mittheilungen sicher auch in der künftigen Debatte über diese Angelegenheit im Abgeordnetenhaus wiederklängen dürfte. Dieselbe folgert aus der Beweisführung, daß die Ernährung des preussischen Soldaten in keiner Weise hinderlich sei, daß als erste Reform im preussischen Wehrwesen diese letztere gebessert werden müßte und darum eine Reduktion des jetzigen, die Finanzkraft Preußens unbedingt übersteigenden Armeestandes für die Zukunft unerlässlich erscheine. Es schließt sich daran der dringende Rath, um sich für diese Reduktion freie Hand zu wahren, die Forderungen für die Armee unter allen Umständen nur provisorisch zu bewilligen. Der Rath erscheint im Allgemeinen nicht übel, nur daß zu dessen Ausführung die Faktoren schon nicht mehr gegeben erscheinen. Jedensfalls ist die kleine Schrift es aber werth, von Allen, die sich für die Militärfrage interessieren, aufmerksam gelesen zu werden. — Die Antwort, welche Seitens des Königs dem Magistrat und den Stadtverordneten von Stettin in Angelegenheit der Bestrebungen derselben wegen Schleifung der Festungswerke dieser Stadt zu Theil geworden ist, gewährt einen ungefähren Schluß auf den gewaltigen Umfang des Planes zur Umwandlung des preussischen Festungsnetzes, welcher sich seit vorigem Jahr von einer besonders darüber niedergesetzten Fachkommission hier in Beratung befindet. Die Werke von Stettin schleifen, heißt nichts anderes, als einen der Hauptangelpunkte der Befestigung der preussischen Ostseeküste freiwillig aufgeben und kann nur statthaben, wenn dieses Befestigungssystem auf ganz neue Grundlagen basirt zu werden Aussicht besitzt. Und doch lassen die Aeußerungen des Königs die Schleifung der Stettiner Festungswerke in einer nicht allzu fernem Zeit bedingungsweise möglich erscheinen, und der Prinz Karl Friedrich hat sich nach den Mittheilungen in der Stettiner Stadtverordnetenversammlung geradezu für die Aufgabe des genannten Platzes als Festung ausgesprochen. — Nach den „Militärischen Blättern“ scheint es preussischerseits in der Absicht zu liegen, die Kontingente von Waldeck und den beiden Lippe, mit welchem ersten Staat die Militärkonvention nunmehr abgeschlossen ist, während der Abschluß mit den beiden anderen nahe bevorsteht, späterhin zu einem Füsilierrégiment zu verschmelzen. Aehnliche Umwandlungen werden für die Zukunft auch für die Kontingente von Gotha, Weimar und Altenburg vorausgesetzt. Es würde sich dem gegenüber aber wohl die Frage aufwerfen, ob die Bundes-Kriegsverfassung hierzu einen passenden Anhalt darbietet.

[Preussische Lotterie.] Nach einer Bekanntmachung der General-Lotterie-Direktion ist über die Loose aus der Seegerischen Kollekte bereits versagt worden, das Gerücht der Vermehrung der Lotterieloose aber ein falsches.

Oestreich. Wien, 25. Febr. [Tagesnotizen.] Herzog Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha ist gestern sammt Gemahlin und zahlreichen Gefolge von Koburg hier eingetroffen und hat das Absteigequartier im Koburgischen Palais genommen. Heute früh reisen der Herzog und die Herzogin mit dem Schnellzuge der Südbahn nach Triest ab, von wo am 27. d. ein Lloydampfer die ganze Reisegeellschaft nach Alexandrien bringen wird. — Der Kardinal Erzbischof hat eine Kurrende an den Kurat- und Regularkerns seiner Erzdiözese erlassen, worin er sämmtliche Pfarrer und Kirchenvorstände ermächtigt, dem Wunsche und Ansuchen der Gemeindevertretungen zu willfahren, wenn dieselben am Jahrestage der Verfassungserklärung ein Hochamt oder einfache feierliche Messe zu veranstalten beabsichtigen; er forderte zugleich die Kirchenvorsteher auf, an diesem denkwürdigen Tage Gebete für das Wohl des Kaisers für den Gesamtstaat Oestreich, die geistliche Entwicklung der Verfassung und die Erleuchtung der Räte der Krone und des Volkes zu errichten. — Aus Fiume meldet „Ost und West“, daß die dortige jüngste Komitatskongregation unter Andern auch die Abschaffung der östreichischen Polizeiamter in Kroatien, Ausschreibung des kroatischen Küstenlandes aus der Jurisdiktion der Zentralseebehörde und Ernennung eines Komitats zur Beförderung des Eisenbahnbaues von Karstadt nach Fiume beschloffen habe. — Das Ballfest, welches Fürst Schwarzenberg zum Besten der Ueberschwemmten zu geben beabsichtigt, soll am 1. März stattfinden. Die Karten zu diesem Ballfeste werden von einem Komité, aus 15 Damen der hohen Aristokratie bestehend, ausgegeben werden, und wird man sich hierbei auf die Ausgabe von 800 Karten beschränken, wodurch eine Einnahme von 80,000 Fl. erzielt werden soll. Zu dem Ballfeste hat jeder Gebildete Zutritt, der eine Karte zu dem Preise von 100 Fl. lösen will. Die Kredenz so wie das Souper soll auf Kosten des Fürsten hergestellt werden.

— [Religions-Edikts-Entwurf.] Der ständige Ausschuss für konfessionelle Verhältnisse, welchen das Abgeordnetenhaus auf Mühlfelds Antrag gewählt und zunächst mit der Aufgabe betraut hatte, einen „Gesetzentwurf in Betreff der Stellung und Rechte der verschiedenen Religionsgenossenschaften und ihrer Angehörigen dem Staate gegenüber in öffentlicher Beziehung, so wie der Rechte derselben gegen einander und in bürgerlicher Hinsicht“ auszuarbeiten, und dessen Obmann Dr. Smolla, Berichterstatter Dr. Mühlfeld ist, hat nunmehr, als die Frucht seiner im Juni vorigen Jahres begonnenen Thätigkeit, einen aus 71 Artikeln bestehenden Gesetzentwurf mit einer umfangreichen, über 50 Folioseiten füllenden Begründung vollendet. Das entworfenen Gesetz, dessen Grundzüge bereits dem Wesen nach aus früheren in die Öffentlichkeit gekommenen Mittheilungen bekannt sind, stellt in dem ersten Abschnitte die allgemeinen Grundsätze über Religionsverhältnisse in der Ordnung fest, daß im ersten Kapitel die Religionsfreiheit überhaupt gesichert ist, im zweiten Kapitel dieser gemäß die freie Wahl des Religionsbekenntnisses geschützt wird und im dritten Kapitel die Normen über das Religionsbekenntnis der Kinder, von deren Seite eine freie Wahl noch nicht eintreten kann, enthalten sind, im vierten Kapitel aber die Unabhängigkeit der bürgerlichen und politischen Rechte von der Religion ausgesprochen und mit ihren Folgen durchgeführt erscheint. Der zweite Abschnitt des Gesetzes giebt die Grundsätze und Vorschriften, welche nicht mehr auf die Religionsverhältnisse überhaupt, sondern schon auf Kirchen- und Religionsgenossenschaften insbesondere sich beziehen, und enthält im ersten Unterabschnitte die Bestimmung über die Anerkennung der Kirchen- und Religionsgenossenschaften als Bedingung ihrer gesetzlichen Berechtigung, wonach im zweiten Unterabschnitte die Rechte und Verbindlichkeiten derselben, im ersten Kapitel im Allgemeinen, im zweiten Kapitel aber im Besonderen, und zwar im Verhältnisse zur Staatsgewalt (erster Titel), zu den Angehörigen (zweiter Titel) und zu anderen Religionsgenossen (dritter Titel) geregelt sind. Die Prinzipien, auf welchen die Bestimmungen des Gesetzentwurfes beruhen, sind: Glaubens- und Gewissensfreiheit mit freier Religionsübung; Freiheit der Kirche oder Selbstständigkeit derselben in Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten, so wie ihres Vermögens; aber auch Gleichberechtigung aller Religionsbekenntnisse und Unabhängigkeit des Staates und der durch ihn gewährten bürgerlichen und politischen Rechte von der Religion; endlich Unterordnung der Kirche im Staate unter das öffentliche Wohl, die durch den Zweck desselben begründete Staatsgewalt und die hierzu als Mittel dienenden Staatsgesetze. Wie der Ausschuss in seiner Majorität (4 unter den 15 Mitgliedern, nämlich Bischof Strsik, Bischof Wittwinowicz, Abt Eder und Graf Belcredi, haben, ohne einen Minoritätsantrag zu formuliren, ihre prinzipielle Meinungsverschiedenheit erklärt) das Verhältniß des Religionsgesetzentwurfes zum Konkordat auffaßt, ist im 71. Artikel, dem Schlußartikel des Gesetzentwurfes, ausgesprochen, welcher lautet: „Die den vorstehenden Grundsätzen und Vorschriften widerstrebenden Bestimmungen der bisherigen Gesetze, auf welcher Grundlage sie beruhen und in welcher Form sie erlassen sein mögen, können in den Königreichen und Ländern, für welche dies Gesetz kundgemacht wird, zu keiner Anwendung mehr kommen.“ Es ist somit also ausgesprochen, daß das am 18. August 1855 abgeschlossene Konkordat kein rechtliches Hinderniß des neuen Gesetzes ist, und daß jene Schwierigkeiten, welche das Konkordat durch seine Vertragsqualität angeblich jeder Aenderung durch die Gesetzgebung entgegensetzt, keine sind.

Bayern. München, 27. Febr. [Telegr.] Ein aus offizieller Quelle hier eingetroffenes Telegramm meldet aus Athen, daß die Revolte keine größeren Fortschritte gemacht und daß die königlichen Truppen drei glückliche Gefechte gegen die Rebellen geliefert haben.

das der gesetzgebende Körper die Dotation nur für Lebzeiten des Generals bewilligt. Der Berichterstatter der Kommission, Herr v. Soudrol, wurde am vergangenen Sonntag zu dem Kaiser in die Tuilerien berufen, und dieser soll ihm erklärt haben, daß er in keiner Weise den gesetzgebenden Körper in der freien Entscheidung über diese Angelegenheit zu behindern gedenke. — Der Kaiser hat vor einiger Zeit in Konstantinopel anfragen lassen, ob man nicht geneigt sei, alte französische Kanonen aus der Zeit Franz I., die sich noch in der Festung Rhodus befinden, gegen andere moderne Geschütze umzutauschen. Der Sultan hat versagt, ohne weiteren Austausch die gewünschten Kanonen dem Kaiser zustellen zu lassen. — Fürst Coussa hat das Großband des griechischen Hausordens mit einem eigenhändigen Schreiben des Königs erhalten.

[Die Presse zur Rede des Prinzen Napoleon.] Daß die Rede eines kaiserlichen Prinzen, der immer und trotz Allem revolutionär sein und bleiben wird, der als energischer Verteidiger der Pressefreiheit gegen Einmischung der Geistlichkeit in den Volksschulunterricht die Autorität seiner Stimme geltend macht; daß eine solche Rede zwei ganz extreme Parteien für sich gewinnen und bei den imperialistischen Blättern sowohl wie bei den oppositionellen Beifall finden würde, das konnte keinem Zweifel unterliegen und findet sich in nachstehenden Betrachtungen aller möglichen Organe bestätigt. Die „Débats“ sagen: „Der hohe Redner (Prinz Napoleon) hat die Prinzipien der Revolution mit einer Wärme, einer Energie und einem Talent gefördert und verteidigt, welche unsere bekannten Ueberzeugungen und Sympathien, weit entfernt uns Zwang oder Verlegenheit aufzuerlegen, uns zur Pflicht machen, anzuerkennen. Denn für uns gehen die Prinzipien der Revolution über Alles, und wir sind überzeugt, daß alles Uebrige in diesen Prinzipien einbezogen und enthalten ist.“ — Weniger enthusiastisch spricht sich der „Temps“ aus. Das Messagerische Blatt rügt vielmehr das Benehmen der kaiserlichen Senatoren Carodjaquelein, Ségur d'Aguesseau u. s. w. und tritt so, allerdings mittelbar, der Partei des Prinzen bei. Dieselbe Taktik verfolgt auch das „Siècle“. — Die „Opinion nationale“ die bekanntlich dem Prinzen ganz besonders gewogen und von dem Korrespondenten als „Moniteur du prince Napoleon“ bezeichnet worden, schließt sich begreiflicherweise ohne Zurückhaltung den Worten und Theorien des Prinzen an und findet es angemessen, die in der Senatssrede schon ziemlich scharf und mit genügender Klarheit angedeuteten Thematika noch weiter zu entwickeln. „Die Rede des Prinzen Napoleon“, schreibt das erwähnte Blatt, „war der natürliche und notwendige Rückschlag der Rede des Herrn v. Carodjaquelein. Während sich die Söhne der Vende bemühen, das Kaiserreich von seiner natürlichen Bahn abzulenken und nach ihrer Seite zu ziehen, war es nöthig, daß ein auf den Stufen des Thrones stehender Redner die Prinzipien wieder feststellte und das Kaiserreich wieder in Verbindung mit der Revolution stellte, deren Erbe und Testamentsvollstrecker es ist. Es war notwendig, daß offen vor den Augen des Landes jenes Bündnis zwischen Kaiserreich und Demokratie dargestellt wurde, das unter den Auspizien der Ordnung und Freiheit abgeschlossen worden und als Unterpfand und Bedingung für den Bestand der kaiserlichen Institutionen angesehen werden muß. Die Sprache der offiziellen Presse trägt das Gepräge einer leicht begreiflichen Befangenheit und Verlegenheit. Nachdem Se. kaiserliche Hoheit der Prinz Napoleon, sagt die „Patrie“, die Demokratie, wie es sein Recht war, mit der Energie seiner Ueberzeugung und seines Talents verteidigt hatte, ließ er sich leiten von der Hitze des Kampfes fortreißen, und in seinem entflammten Wort grollten die revolutionären Leidenschaften. Der Prinz hat Erinnerungen aufgeschwemmt, welche ohne Zweifel der Geschichte angehören, und die man derselben lassen muß; aber es ist gefährlich und unzeitgemäß, sie in das politische Leben einer Epoche der praktischen Anwendung, wie die unrichtig zu schleudern, welche die Menschen einander nähern und nicht trennen, und den edlen Wettstreit des Fortschritts an die Stelle unfruchtbarer Parteikämpfe legen soll. Prinz Napoleon soll nicht die Fahne der Revolution wieder aufrichten, um aus ihr ein Zeichen der Herausforderung oder der Drohung zu machen. Die einzige Fahne, welche seinem Rang, seiner hohen Intelligenz und seinem Patriotismus geziemt, ist die Fahne des demokratischen, liberalen und konservativen Frankreichs; die Fahne des Kaiserreichs, welche zweimal in einem Jahrhundert die Ehre hatte, den nationalen Ruhm zu schützen und alle großen Interessen des Landes zu versöhnen.“

Paris, 27. Febr. [Telegr.] Der heutige „Moniteur“ enthält: Da durch die Lehren des Professor Renan der christliche Glaube verlegt worden ist und hierdurch bedauerliche Agitationen hervorgerufen werden können, so ist sein Lehrkursus bis auf weitere Ordre suspendirt worden. — Der „Moniteur“ meldet ferner, daß bis jetzt 65 1/2 Millionen Rente und 306,296 Obligationen zur Konversion angemeldet worden sind. — Berichte aus Griechenland versichern, daß die Insurrektion zunehme. (S. dagegen oben das Del. aus München.) — Nachrichten aus Messina melden, daß die dortige Geistlichkeit eine Adresse unterzeichnet habe, in welcher die Aufhebung der weltlichen Macht des Papstes gefordert werde.

Belgien.
Brüssel, 27. Febr. [Telegr.] Nach der heutigen „Independance“ hat der Kaiser in dem Antwortschreiben an den Grafen Moray die Absicht, die Unabhängigkeit und die Würde der Legislativen anzugreifen, geleugnet. Die Kommission in Betreff der Angelegenheit des Grafen Pallao wird zur Ausgleichung, die Dotation nur auf die Lebensdauer zu votiren, vorschlagen. (S. Paris).

Italien.
Turin, 24. Februar. [In der Deputirtenkammer] richtete heute Mordini an das Ministerium die Frage, ob es von den Belästigungen gegen den italienischen Konsul und andere Italiener in Malta Kenntnis erhalten habe. Der Baron Nicastri entgegnete, daß er im Laufe des Tages einen Bericht über jene Belästigungen erhalten habe, aus dem hervorgehe, daß sie das Werk einiger bourbonischer Reaktionen gewesen. Das Ministerium habe eine Depesche an die englische Regierung gerichtet, um für diesen Fall Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens und für die Zukunft Schutz der italienischen Unterthanen zu verlangen.

[Bourbonistische Bestrebungen; die Zustände in Neapel.] Der „Corriere delle Marche“ schreibt: „Einige französische Blätter glauben zu wissen, daß in Ancona ohne Wissen der Behörde oder wenigstens mit ihrer stillschweigenden Zustimmung, eine große Bewegung stattfindet zum Behufe von Anwerbungen und

Ankäufen von Kriegsmaterial für Rechnung einer Partei, die sie nicht genauer bezeichnen, indem sie sich darauf beschränken zu sagen: auf Rechnung der Italiener. Wir sind auf Grund von Mittheilungen aus guter Quelle in der Lage, zu erklären, daß jene Nachrichten ganz unrichtig sind.“ — Dagegen wird aus Turin gemeldet, daß die Regierung der „Costituzione“ zufolge die Nachricht von neuen Vorbereitungen zu starken Räuberexpeditionen erhalten habe. Dieselben würden sich angeblich von Malta und Triest aus auf das neapolitanische und sicilische Gestade werfen, sobald das Eintreten der milden Witterung und das Schmelzen der Schneemassen ihnen gestatten würde, eine Zuflucht in den Gebirgen zu finden. Die Regierung habe indessen schon alle Maßregeln getroffen, eine Landung zu verhindern. — Im Augenblicke sollen nach Mittheilungen der „Independance“ die Zustände im Neapolitanischen sich sehr günstig gestaltet haben. Besonders sollen die unter die übrigen italienischen Truppen eingereichten neapolitanischen Soldaten nicht nur in der militärischen Disziplin, sondern auch in der italienischen Gesinnung rasche Fortschritte machen. Man habe das Gefühl für die Ehre der italienischen Fahne in ihnen zu wecken gewußt. Gleiches wird von den Ergebnissen der sicilianischen Aushebung gemeldet.

Spanien.
Madrid, 25. Febr. [Verhaftung.] Die Abenteuer des Kapitän vom „Sumter“ haben mit seiner Verhaftung geendet. Der Befehlshaber des konsolidirten Schiffes, das in Gibraltar festlag, weil ihn ein Theil seiner Matrosen im Stiche gelassen, während die Bundesflotte „Tuscarora“ auf der Lauer hielt, war nach Tanger gegangen und wurde daselbst auf Ansuchen des amerikanischen Konsuls und des Befehlshabers der „Tuscarora“, die ihm auf den Fersen gefolgt waren, verhaftet. (Del.)

Rußland und Polen.
Petersburg, 21. Februar. [Tagesnachrichten.] Der Kaiser hat, wie amtliche Blätter melden, zur Erbauung einer deutschen reformirten Kirche auf der großen Moskaja den Baugrund von 253 Quadrat-Saschin (à 6,709 Fuß) geschenkt. — Der Minister Anjashewitsch hat das technologische Institut schließen lassen, weil die Schüler sich gewissen Vorschriften nicht fügen wollten. — Das Regierungsorgan dementirt die vom „Nord“ gebrachte Nachricht, das Unterrichtsministerium beabsichtige, die Universitäten aus den beiden Hauptstädten nach kleineren Städten zu verlegen. Indes werde man bei Gründung neuer Universitäten bei der Wahl des Ortes Rücksicht auf das Erforderniß geräuschlosen und stillen Lebens beim Studium nehmen. — Aus Nikolajew wird telegraphirt, gestern sei in der Admiralität Feuer ausgebrochen. Das Gebäude mit den Werkstätten der Tischler, Segelmacher, Boot- und Mastenverfertiger ist niedergebrannt. Einige Menschen sind beschädigt und einer im Rauch erstickt. — Soldaten Israeliten der beiden ersten Gilden, welche noch durch kein richterliches Urtheil wegen Kontrehande betroffen worden sind, ist der bleibende Aufenthalt in Kiew gestattet worden. — Im Jahre 1857 verließen eine Anzahl Czeden, die aus ihrem Vaterlande (Böhmen) in St. Louis in Amerika eingewandert waren, ihren neuen Wohnsitz und begaben sich nach dem Amurlande, wo sie willige Aufnahme fanden. Wie der „Tag“ meldet, beabsichtigen jetzt auch noch mehrere Czeden aus Amerika dorthin auszuwandern, geführt von dem beliebten tschechischen Publizisten Czawliczka in Wisconsin.

o Aus dem Königreich Polen, 25. Februar. [Der Erzbischof von Warschau; Demonstrationen; Schulwesen etc.] Verschiedene auswärtige Blätter bringen in Bezug auf den neuen Erzbischof Feinsicht Nachrichten, nach welchen dessen Empfang in Warschau sehr lau und von mancherlei Demonstrationen begleitet gewesen sein soll. Dem ist keineswegs so; denn wenn auch zugegeben werden muß, daß der scharfe Beobachter wohl den Zwang, den man von gewisser Seite sich anthat, heraussehen konnte, so ist es doch nirgends zu einer Demonstration gegen den Kirchenfürsten gekommen, vielmehr hat der größte Theil des Klerus, der grade am Meisten zur Opposition geneigt schien, bei Weitem mehr Takt bewiesen, als mehrfach bei früheren Anlässen, und es steht zu hoffen, daß, wenn der neue Kirchenfürst seine bisherige Ruhe und Konsequenz behauptet, bald gänzliche Beruhigung und geregelte Zustände eintreten dürften. General Lüders übt strenge Gerechtigkeit, dabei aber sieht man doch überall, wo es nur irgend angeht, die väterliche Milde im Sinne des kaiserlichen Willens vorwalten. — In der Kirchengemeinde Czachow kündigte nach der Sonntagspredigt am 16. d. der Geistliche von der Kanzel an, daß am 18. eine Bittmesse für die seit vorigem Jahre nach Drenburg eingestellten oder in die Verbannung geschickten politisch Kompromittirten abgehalten werden solle, und lud seine Kirchkinder mit dem Bemerkten zu diesem Gottesdienste ein, daß sie dabei nicht für die bestrafte Juden und Deutschen, sondern nur für die Polen beten dürften. Die Messe fand wirklich statt; aber es fand sich aus der Gemeinde keine Seele dabei ein, und nach dem Gottesdienste erschien die Verhaftungsordre für den Geistlichen. — Die Schüler in den wieder eröffneten höhern Schulen, wie z. B. in Kalisz, Łódzycze etc. werden streng überwacht; am 1. und 15. jedes Monats müssen Konduitenlisten und Berichte über die Schüler dem Gouverneur des Bezirks eingereicht und jede Bestrafung wegen Reuzenz eines Schülers muß sofort speziell gemeldet werden. — Die für die Stadt Konin bestimmte Kreischule soll, wie man hört, zum 1. Oktober d. J. ins Leben treten. Damit die Sache schneller gehe, haben die Ortsbefugter des Kreises unter dem Vorsteh der Herren v. Potworowski, Schwilecki etc. ein Komitee gebildet. Die noch fehlenden Fonds für Ausbau und Einrichtung der vorläufig auf fünf Klassen normirten Schule sollen durch Subskription von den Gutsbesitzern aufgebracht werden. Außer dieser Anstalt, welche zunächst für Söhne des jetzt in Polen sich sichtlich mehr und mehr herausbildenden dritten Standes bestimmt ist, geht man damit um, eine nach englischem Muster gebildete Unterrichts- und Erziehungsanstalt für adlige Söhne aus dem Koniner Kreise zu gründen, deren Aufgabe es wäre, die Zöglinge für die höheren Gynnasialklassen resp. bis zur Universität vorzubilden. Außer dem Unterricht in alten und neuen Sprachen und Wissenschaften, soll auch auf die körperliche Ausbildung geachtet und besonders Turnen, Fechten, Schwimmen etc. in den Lektionsplan aufgenommen werden. Für Errichtung einer solchen Anstalt dürfte sich im Koniner Kreise nicht leicht ein passender Ort finden, als eine zu Stawsk auf einer freundlichen Anhöhe an der Warta belebene, mit geeigneten, ausreichenden Gebäuden, Gärten und

Ländereien versehen Besetzung, welche von dem jetzigen Besitzer wohl zu acquiriren sein dürfte.

Dänemark.
Kopenhagen, 24. Febr. [Die Noten in der Schleswig-holsteinischen Angelegenheit.] „Zaedrelandet“ schreibt: „Wie man hier wissen will an Orten, wo man es wissen kann, ist die preussische Note vom 8. Februar datirt und von folgendem wesentlichen Inhalt: Eine solche provisorische Ordnung der Verhältnisse, wie die dänische Regierung in Vorschlag gebracht hat, würde nur mit Einwilligung des dänischen Reichstages, der holsteinischen und der schleswigischen Ständeversammlung zu Wege gebracht werden können. Die preussische Regierung kann deshalb ihre Forderung einer definitiven Ordnung nicht aufgeben. Darauf wird die dänische Regierung gefragt, ob sie gewillt ist, den in der Zirkulardepesche vom 2. August 1861 angegebenen Weg zu geben, oder, wie sie beabsichtigt, die Uebereinkünfte von 1851 und 1852 zu erfüllen. Die österreichische Note ist, wenn auch nicht gleichlautend, so doch ganz gewiß desselben Inhalts. Aber außer der preussischen Note vom 8. Februar soll die Regierung am Freitag eine neue vom 14. Februar datirte Note erhalten haben, in welcher das berliner Kabinet gegen alle Beschlüsse des Reichsraths protestirt, durch welche Schleswigs Stellung affizirt werde.“

Kopenhagen, 25. Febr. [Aus dem Reichsrathe.] In der heutigen Sitzung des Reichsraths wurde die erste Verhandlung des Zolltarifs fortgesetzt und nahmen Broberg, A. Hage, W. Peterlen, S. Hage, David und Tscherning das Wort. Auf eine Aeußerung Davids, welcher Furcht hegte, daß die Annahme des Gelegetentwurfs zur Verlegung der Zollgrenze an die Eider führen würde, erwiderte der Finanzminister, daß dies nicht die Absicht der Regierung sei. Der Entwurf würde zwar nicht sogleich durch Annahme von Seiten des Reichsraths Gesetzeskraft erhalten, aber ohne Zustimmung des Reichsraths würde das Geleget nicht für ein anderes Geleget als das jetzt bestehende zur Geltung kommen können. (S. R.)

Türkei.
Konstantinopel, 24. Febr. [Ernennung; Truppen- sendung.] Kabuli Effendi ist zum großherrlichen Kommissar in Syrien (als Nachfolger Fuad Paschas) ernannt. Mit der in den letzten Tagen nach Antivari abgeordneten Eskadre, bestehend aus zwei Dampfregatten, einer Korvette und einem Anjodampfer, sind auch zwei Kompagnien Genietruppen eingeschifft worden, welche zur Verstärkung der unter Omer Paschas Kommando stehenden Truppen bestimmt sind. (Aus Castellastua, 23. Febr., wird gemeldet: Nebst den bereits eingetroffenen türkischen Fregatten und Dampfern werden noch sieben andere türkische Schiffe erwartet. — Die Telegraphenverbindung zwischen hier und Stutari ist unterbrochen.)

Griechenland.
Athen. — [Die Insurrektion von Nauplia.] Eine in Wien erscheinende lithographische Korrespondenz läßt sich über die jüngsten Vorgänge in Griechenland schreiben: „Nach den in den letzten Tagen angelangten Nachrichten ist zwar alle Aussicht vorhanden, daß durch das energische Auftreten des Königs Otto die Militärrevolte in Nauplia momentan keine weiteren die Sicherheit des Thrones und der Dynastie gefährdenden Konsequenzen nach sich ziehen werde; nichtsdestoweniger soll dennoch die Situation in Griechenland in so hohem Grade bedenklich geworden sein, daß der Eintritt ähnlicher, wenn nicht gar noch schlimmerer Katastrophen als jene von Nauplia vorherzusehen ist, wenn nicht der König entweder sich rasch durch Berufung eines neuen Kabinetts und einer neuen Kammer mit der durch den Ausgang der letzten Ministerkrise sich für schwer beleidigt haltenden ultranationalen Partei versöhnt oder auf Mittel und Wege Bedacht nimmt, um dem überwuchernden Geiste der sogenannten großhellenischen Agitation kräftig entgegenzuwirken. Sehr viel zu dem jüngsten Ausbruche der nicht bloß über ganz Griechenland, sondern auch weit über dessen Grenzen hinaus verzweigten Verschwörung soll das Verhalten des Königs in der letzten, vor drei Wochen eingetretenen Ministerkrise beigetragen haben. Wegen das jetzige Kabinet hat sich bereits zu wiederholten Malen ein Sturm erhoben, der aber stets erfolglos geblieben ist. Diese Ignoranz der Wünsche der großhellenischen Partei hat sowohl in Athen, als auch in den Provinzialstädten seit langer Zeit große Mißstimmung verursacht. Dieselbe erreichte aber ihren Gipfelpunkt, als vor ungefähr drei Wochen der König den Kandidaten der nationalen Partei, Kanaris, einen Sohn des berühmten hellenischen Seehelden, mit Neubildung eines Kabinetts beauftragte, denselben jedoch schon nach 24 Stunden seines Auftrages entband. Dies allein, was gleichsam als eine Provokation gedeutet wurde, und das auf königlichen Befehl erfolgte weitere Verbleiben des alten Kabinetts steigerten den Unmuth und die Mißstimmung in so hohem Grade, daß der Ausbruch in Nauplia, welcher übrigens erwiesenermaßen eine verfrühte Explosion gewesen ist, hiervon die unmittelbare Folge wurde.“ — Das „Pays“ hält die Lage der Dinge in Griechenland für sehr ernst. Ihm zufolge verlangt das griechische Volk neue Minister und eine neue Kammer; es fürchtet jedoch, daß der König zu spät nachgeben wird. Uebrigens wäre, wie das „Pays“ behauptet, nicht allein in Nauplia, dem einzigen Arsenal Griechenlands, ein militärischer Aufstand ausgebrochen, sondern die Garnisonen von Lamia und Argos hätten ebenfalls revoltirt.

Amerika.
New York, 9. Febr. [Ueber die Kriegsführung] schreibt die „Newyorker Handelszeitung“: Die Lane'sche Expedition (von Kansas nach Texas) scheint an dem Konflikt über die Leitung derselben scheitern zu wollen. Oder vielmehr, die Regierung hat mit Lane ein abschließendes, falsches Spiel getrieben. Während er in Washington war, ward ihm zugesagt, daß er völlig freie Hand habe, die Expedition nach seiner Weise auszuführen, die Sklaven in seinen Dienst ziehen solle u. s. w. Aber während er sich auf seiner Rückreise nach Kansas befand, ward dem General Hunter telegraphirt, daß er es auf sich nehmen solle, die Lane'sche Expedition als solche zu vereiteln. Daher dann ein Tagesbefehl vom 28. Jan., wonach er das Kommando über die Expedition führen will. Die bloße Ankündigung, daß er sie leiten soll, dürfte bei der gegen ihn im Westen herrschenden Stimmung genügen, um sie zu nichte zu machen. — In Missouri hat die Expedition nach Springfield gegen Price noch keine großen Fortschritte gemacht. Der jämmerliche Zu-

